

Dr. Hannes Androsch

**Woher kommen wir?
Wo stehen wir?
Wo wollen wir hin? –**

Ein Rückblick für die Zukunft

**Vortrag im Rahmen der Veranstaltung
„Perspektiven & Impulse“ der Wiener Ärztekammer**

31.03.2016, Palais Lobkowitz, 1010 Wien

Es gilt das gesprochene Wort!

Anreden

Oft wirft die Geschichte lange Schatten, ohne dass diesen gebührend Rechnung getragen wird, wie die Historikerin Barbara Tuchmann in ihrem Werk „Der ferne Spiegel“ zeigen konnte.

Dies hat Winston Churchill einst zur Feststellung veranlasst:

„Je tiefer man in die Vergangenheit blickt, umso weiter sieht man in die Zukunft.“

Aktuell schlagende Beispiele dafür sind die Ereignisse und das Desaster im Nahen bzw. Mittleren Osten, in Nordafrika sowie die Turbulenzen auf dem Balkan, sowie die bedrohlichen Geschehnisse auf der Krim und in der Ostukraine.

Wir erleben derzeit eine aus den Fugen geratene, aufgewühlte Welt von Umbrüchen und Umwälzungen, und dies in einer Zeit rascher Veränderungen und tiefen Wandels, gekennzeichnet von Umweltverschmutzung und Klimawandel, von Mangel an sauberem Wasser und Knappheit an Lebensmitteln in vielen Regionen der Welt, von explosivem Bevölkerungswachstum einerseits und schrumpfenden, alternden Gesellschaften andererseits; einer Zeit ungelöster Probleme der Weltfinanzen und des Bankenwesens, aber auch der Chancen und Möglichkeiten der digitalen Revolution und der wissenschaftlichen, medizinischen und technologischen Errungenschaften.

Es sind Zeiten beträchtlicher Gefahren, damit verbundener Unsicherheiten, aber auch großer Chancen. Diese Herausforderungen zu meistern verlangt Gestaltungskraft anstelle lähmenden Kleinmuts, der sich in aktivistischen Populismus flüchtet.

Henry Kissinger hat kürzlich gemeint, die Ereignisse im Vorderen Orient zeigen, dass die Nahostpolitik der vergangenen Jahre und Jahrzehnte vor einem Scherbenhaufen stehe, der durch Chaos, Instabilität und ein zum Teil infernales Desaster gekennzeichnet sei. Die

Militärintervention in Afghanistan wurde abgebrochen, ohne das Land zu stabilisieren; Saddam Hussein konnte im Zuge des Irak-Krieges zwar von der Macht entfernt werden, doch das Land versinkt immer mehr im Chaos; und Syrien erlebt seit rund fünf Jahren einen blutigen Bürgerkrieg, der die Hälfte der rund 22 Millionen Syrer in die Flucht trieb. Der Jemen und Libyen sind „*failed states*“, gescheiterte Staaten, und der sog. Arabische Frühling brachte im Nahen Osten und in Nordafrika nicht den erhofften Aufbruch, sondern Aufruhr und Unruhen. Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern ist seit Jahrzehnten ungelöst, und der gesamte Nahe und Mittlere Osten stehen unter dem Einfluss des anhaltenden Konflikts zwischen Schiiten und Sunniten, zu dem noch großmachtpolitische Einflussnahmen kommen.

Tatsächlich jedoch reichen die Schatten der Vergangenheit noch weiter zurück. Die aktuellen Ereignisse sind die langfristigen Folgen des unbewältigten Zerfalls mehrerer Großreiche – des Osmanischen Reiches, der Habsburger Monarchie und des Zarenreiches bzw. des Sowjetimperiums – und der vielfach verunglückten Politik im Umgang mit dem Erbe dieser Reiche. Nahezu hellseherisch erklärte Archibald Wavell, britischer Feldmarschall und Vizekönig von Indien, bereits 1919 zu den Ergebnissen der Pariser Friedensverhandlungen und der darin vorgenommenen Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens, diese seien ein „Peace to end all Peace“.

Und dieser Scherbenhaufen befindet sich – darauf muss eindrücklich hingewiesen werden – in unmittelbarer Nachbarschaft Europas, ohne dass jedoch die Europäische Union diese Entwicklung antizipiert hätte, in Ermangelung einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie eines gemeinsamen Asylregimes noch weniger darauf vorbereitet war und nun mit den Folgen nicht zurechtkommt.

Die Ereignisse in Syrien, Afghanistan und im Irak haben inzwischen einen Flüchtlingsstrom ausgelöst, der bisher insgesamt etwa eine Million Menschen nach Europa brachte; das sind 0,2 Prozent der Einwohnerzahl der 28 Mitgliedsländer der Europäischen Union. Im Vergleich dazu haben Jordanien bei einer Bevölkerung von 6,5 Millionen Einwohnern rund 1,5 Millionen Flüchtlinge aufgenommen, im Libanon sind es bei einer Gesamtbevölkerung von 4,5 Millionen rund zwei Millionen Flüchtlinge.

Betroffen von der jüngsten Flüchtlingswelle nach Europa waren im Wesentlichen drei Zielländer: Deutschland, Schweden und wohl auch Österreich, obwohl wir den größten Teil durchgeschleust haben. Schon viel länger und stärker betroffen waren und sind Italien und Griechenland, auf deren Inseln wie beispielsweise Lampedusa, Lesbos und Kos schon seit Jahren tausende Flüchtlinge stranden, die wir jedoch jahrelang unsolidarisch mit diesem Problem allein im Regen stehen ließen. Und trotz der Vorhersehbarkeit dieser Entwicklung reagierte Europa plan- und kopflos, vor allem aber unsolidarisch.

Es waren u.a. diese Überlegungen, die mir Motivation und Anstoß gaben, nach bald acht Jahrzehnten des Lebensweges autobiografische Reflexionen aufzuzeichnen und sich Gedanken zu machen, woher wir kommen, wo wir stehen, und wohin wir wollen, und was allenfalls dazu erforderlich ist, um damit einen schlussfolgernden Ausblick für nachkommende Generationen zu geben.

Das diesbezügliche Motto eines italienischen Sprichwortes lautet:

„Der Kluge horcht in die Vergangenheit, denkt an die Zukunft und handelt in der Gegenwart.“

So ist auch mein Buch „Niemals aufgeben“ – schon der Titel zugleich ein Motto – als Reflexion und Ausblick gedacht.

Ich gehöre der ersten glücklichen Generation an, die einerseits noch bewusst den Krieg und seine Folgen, den Mangel der Nachkriegszeit und die 10-jährige Besetzung unseres Landes erlebt hat, also den negativen Teil jener Zeit, die der Historiker Eric Hobsbawm das „*Zeitalter der Extreme*“ genannt hat, dann aber das Glück hatte – das im Übrigen nun schon über 70 Jahre währt –, den Lebensweg in Sicherheit, Frieden und Stabilität, in Freiheit, zunehmendem Wohlstand sowie steigender Wohlfahrt zu beschreiten, und damit den größten Teil des Lebensweges im positiven Abschnitt des Zeitalters der Extreme zu erleben.

Diese Zeit war zwar gekennzeichnet durch den Kalten Krieg, den wir in nächster Nähe zum Eisernen Vorhang erlebt haben, – wenngleich auf der positiven, weil freien und demokratischen Seite – sowie durch die Umbrüche im Zuge der Entkolonialisierung, aber gleichzeitig überwölbt vom Sicherheitsschirm der Amerikaner, die als wohlwollender Hegemon geholfen haben, dass der westliche Teil Europas sich wie Phönix aus der Asche wiedererheben konnte und zu einem wirtschaftlichen Riesen wurde, der heute bei einem Anteil von 7 Prozent an der Weltbevölkerung einen Anteil von 25 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung generiert, gleichzeitig jedoch rund 50 Prozent der globalen Sozialausgaben konsumiert. Die Sozialquote beträgt hier im Durchschnitt 25 Prozent, während es in vielen Teilen der Welt unter 20 und mancherorts sogar unter 10 Prozent sind, beispielsweise in China. In Österreich hingegen sind es sogar fast 30 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung, die für das Sozialsystem aufgewendet werden, ohne dass dies eine zunehmend weniger gerechte Gesellschaft verhindert hätte.

Zu der äußerst positiven Entwicklung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg hat wesentlich die zunehmende europäische Integration – sowohl als Friedensprojekt als auch als erfolgreiches Wirtschaftsprojekt – beigetragen. Und als im Jahr 1989, dem von nahezu allen damals so empfundenen *Annus Mirabilis*, die „Ordnung von Jalta“ und der damit verbundene Kalte Krieg friedlich zu einem Ende kamen, und wir nur wenige Jahre später, 1995, nach einem Referendum mit nahezu 2/3 Mehrheit Mitglied der Europäischen Gemeinschaft werden konnten, was uns bis dahin realpolitisch verwehrt gewesen war, war dies der Beginn für eine äußerst positive Entwicklung Österreichs, nicht zuletzt weil man nun hierzulande gezwungen war, einige längst überfällige Reformen durchzuführen.

Allerdings – und darüber kann die grundsätzlich positive Bilanz des europäischen Integrationsprozesses nicht hinwegtäuschen – ist die EU ein unfertiges Projekt geblieben. Egon Bahr, der Architekt der deutschen „Ostpolitik“ unter Willi Brandt, meinte einst, Europa sei „wirtschaftlich ein Riese, politisch ein Zwerg und militärisch ein Wurm“. Dies hängt nicht zuletzt auch damit zusammen, dass wir uns bislang nicht von den USA emanzipieren konnten oder wollten, was US-Präsident Obama jüngst zu der Feststellung veranlasste, dass wir, die Europäer, *Freerider*, also Trittbrettfahrer wären, was im Übrigen in noch größerem Ausmaß auf unser Land zutrifft.

Angesichts der Tatsache, dass das europäische Projekt auf halbem Weg stecken blieb, ist die nun entstandene Situation umso schmerzlicher und besorgniserregender. Diese besteht inzwischen aus einer Abfolge von Krisen, die es nicht gelingt zu überwinden, und von denen

monothematisierend alle anderen, vor allem aber die zukunftsorientierten Themen wie zum Beispiel eine zeitgemäße und längst überfällige Bildungsreform, verdrängt werden. Es begann 2007/08 mit der Bankenkrise – der Lehman-Moment 9/15 war hinsichtlich seiner Folgen wohl schlimmer als 9/11 –, ging über in eine Krise der Staatsfinanzen und führte zur großen Rezession, mit immer weiter steigender Arbeitslosigkeit und wachsenden Schuldenbergen, in deren Folge wir von der Schuldenfalle in die Austeritätsfalle tappten. Dazu kamen noch die nach wie vor ungelöste Griechenlandkrise (Stichwort „Grexit“) und der drohende Austritt Großbritanniens (Stichwort „Brexit“), sowie eine – trotz Ölüberangebot – deutlich eingetrübte Weltwirtschaft, die sich vor allem – von wenigen Ausnahmen wie Deutschland oder der Schweiz abgesehen – in Europa und mittlerweile auch speziell in Österreich, zunehmend aber auch in noch vor kurzem so wachstumsstarken Ländern wie China zeigt. Wir sind von der Überholspur auf dem Pannestreifen gelandet. Da bleibt in der Folge kein Spielraum mehr für die großen globalen Herausforderungen, wie etwa die Bekämpfung von Armut oder die Sicherstellung von Bildung für alle, wie sie in den Millenniumszielen bzw. in den Zielen nachhaltiger Entwicklung der Vereinten Nationen oder in der Europa-2020-Strategie festgehalten sind.

Dabei könnte gerade die Umsetzung des Bildungszieles vieles zum Besseren wenden, findet doch derzeit tatsächlich weniger ein „Kampf der Kulturen“ als vielmehr ein Kampf der Bildungskulturen statt. Bildung fördert die Demokratisierung, umgekehrt ist aber auch das Funktionieren der Demokratie – jener „Herrschaft des Volkes“ oder wie Abraham Lincoln sagte: die „Regierung des Volkes durch das Volk und für das Volk“ – auf ein gewisses Maß an Bildung der Bürger angewiesen. Menschen von Bildung auszuschließen ist daher ein altes politisches Instrument, mit dem sich autoritäre Regime und Diktaturen zu stabilisieren versuchen, und auch alle fundamentalistischen Strömungen zeichnen sich letztlich dadurch aus, dass sie bildungsfeindlich sind. Dies reicht von den christlichen Fundamentalisten und ihrer Forderung nach Streichung naturwissenschaftlicher Fächer in den Schulen zugunsten des Religionsunterrichts bis zur islamistischen Boko Haram – übersetzt: „Bildung ist Sünde“ oder „Bücher sind Sünde“ –, zu den Taliban, Al Quaida oder den IS.

Vor rund 1000 Jahren war das intellektuelle Zentrum der Welt noch Bagdad, und die arabische Welt dominierte die Bildung. Doch zwei Innovationen – die Erfindung des Buchdrucks mit beweglichen Lettern (um 1440), die sog. Gutenberg-Presse, und die Reformation Martin Luthers mit der Forderung, dass jede Frau und jeder Mann lesen können sollte, um durch das Studium der Bibel eine direkte Beziehung zu Gott zu haben – führten langfristig zu einer Bildungsrevolution in Europa und legten – wie der Demograf Wolfgang Lutz jüngst aufzeigte – den Grundstein für Säkularisierung, Individualisierung und Demokratisierung.

Im Gegensatz dazu verbot Sultan Bayezid II. mit dem Beinamen „der Fromme“ im Jahr 1485 den Buchdruck für das gesamte Osmanische Reich unter Androhung der Todesstrafe – aus Angst, dass jedes gedruckte Buch eine Konkurrenz für das heilige Buch, den Koran, bedeuten würde. Der Buchdruck blieb in den nächsten rund 300 Jahren in der islamischen Welt ein absolutes Tabu; die durch den Buchdruck in Europa ausgelöste Bildungsrevolution ging an der islamischen Welt komplett vorbei – mit Folgen, die bis heute nachwirken.

Die weltweite Durchsetzung von Bildung für alle – im Sinne von Primärbildung: also Lesen, Schreiben, Rechnen – wäre ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen und damit auch zur mittel- und langfristigen Lösung vieler Probleme, mit denen wir aktuell so sehr zu kämpfen haben. Bildung hat enorme Bedeutung für viele menschliche Lebensbereiche – ja sogar für das Überleben der

Menschheit selbst. Bildung reduziert Armut, hilft Krankheit zu vermeiden, erhöht die Lebenserwartung, begünstigt Demokratisierungsprozesse und hilft bei der Durchsetzung und Wahrung der Menschenrechte, wie Lutz betont. Für ihn lautet die Devise daher auch „Bildung ist nicht alles, aber ohne Bildung ist alles nichts“. Und dennoch besteht derzeit laut UNESCO eine Finanzierungslücke von rund 22 Milliarden Dollar für die weltweit notwendigen Investitionen in Bildung, wobei dies allerdings nur ein verschwindend geringer Betrag ist im Vergleich zu jenen 1.776 Milliarden US-Dollar, die beispielsweise im Jahr 2014 global für Rüstung ausgegeben wurden.¹

Doch wie immer, „wenn zwei Krisen sich kreuzen, so frisst die stärkere die schwächere auf“ (Jacob Burckhardt), und so wird gegenwärtig alles überlagert durch die nicht und wahrscheinlich noch länger nicht gelöste Flüchtlingskrise sowie die lähmende Bedrohung durch islamistische Terroranschläge als Folge der ungelösten Probleme im Nahen Osten und nördlichen Afrika, wengleich darauf hingewiesen werden muss, dass – bei aller berechtigten Notwendigkeit, ihn zu bekämpfen – der Terrorismus nicht jenes Maß an Bedrohung darstellt als das Ausmaß der Angst, das er erzeugt.

Umso wichtiger wäre es heute, dass sich die Europäische Union wieder ihrer tatsächlichen Wurzeln bewusst wird.

In Abwandlung von Goethes und Schillers Xenien könnte man fragen: „Europa? Aber wo liegt es? Ich weiß das Land nicht zu finden.“

Tatsächlich lässt sich Europa nicht geografisch bestimmen. Es erstreckt sich über das westliche Fünftel der eurasischen Landmasse und ist damit lediglich die westliche Verlängerung Asiens bzw. der westliche Abschluss des eurasischen Kontinents. Auch die kartografisch vollzogene Grenzziehung entlang Ural und Kaukasus ist letztlich willkürlich, wohl aber ist Europa historisch gewachsen, und seine Identität bezieht sich auf kulturelle, politische, wirtschaftliche und vor allem ideelle und intellektuelle Aspekte, deren Wurzeln zum Teil weit und lange in den Vorderen Orient reichen.

Theodor Heuss, der erste Bundespräsident der BRD, hatte hinsichtlich der kulturellen Prägung Europas eine klare Vorstellung. Er sah den Kontinent auf drei Hügeln erbaut:

- der Akropolis in Athen, die für die Idee der Demokratie und den Geist der Philosophie steht,
- dem Kapitol in Rom, von dem aus die Völker Europas einst geeint und unter das Römische Recht gestellt wurden, und schließlich
- Golgotha nahe Jerusalem, wo mit der Kreuzigung Jesu' das Christentum begründet wurde.

Doch die antiken Zivilisationen des Mittelmeerraumes übernahmen ihre Schrift ebenso wie ihre imperiale Weltanschauung und Staatsreligion aus dem Vorderen und Mittleren Orient. Das „Gilgamesch-Epos“ aus dem zweiten Jahrtausend vor Christus hat mit seiner Sintflut-Erzählung in der Genesis des Alten Testaments ebenso seine Spuren hinterlassen wie einige Paragraphen des „Kodex von Hammurabi“ in den Gesetzen von Moses. Und Moses hat im Zuge des Exodus aus Ägypten nicht nur den Monotheismus mitgebracht und als Folge seines Bundes mit Gott auf dem Berg Sinai die „Zehn Gebote“ erhalten, sondern

¹ <http://books.sipri.org/files/FS/SIPRIFS1504.pdf>

darüber hinaus auch die Vorstellung einer „Stadt auf dem Hügel“ als auserwählten Ort in einer von Aufruhr und Unruhen erschütterten Umgebung mitgenommen. So heißt es im Matthäus-Evangelium (5,14): „Ihr seid das Licht der Welt. Eine Stadt, die auf einem Berg liegt, kann nicht verborgen bleiben.“ Dieses Bild der Auserwähltheit findet sich in der Folge nicht nur bei Athen oder Rom wieder, sondern selbst im von den Puritanern verfassten Gründungsmythos der US-Amerikaner und ihrer Vorstellung der USA als „shining city upon a hill“ und vom „American exceptionalism“.

Europa als Idee der Region zwischen Gibraltar und dem Kaukasus war über Jahrhunderte hindurch, spätestens seit Karl dem Großen, aus der Abwehr von Eroberern aus dem Osten, Norden oder Süden – man denke an die Seeschlacht von Salamis 480 v. Chr., bei der die Griechen unerwartet die Perser besiegten, oder Attila, den Hunnenkönig, oder Suleiman, den Prächtigen – entstanden. Allerdings stand die Herausbildung des europäischen Konstrukts auch immer wieder auf der Kippe, etwa 732 n.Chr. bei der Schlacht von Tours und Portiers zur Abwehr der muslimischen Araber, oder 1241 n.Chr. bei der Schlacht von Liegnitz gegen die Mongolen, und – nicht zu vergessen – bei den beiden Türkenbelagerungen Wiens 1529 und 1683 n.Chr. durch die Osmanen.

Zudem haben sich die Europäer aber auch untereinander über ein Millennium immer wieder blutig bekämpft; man denke in diesem Zusammenhang an die verheerenden Glaubenskriege (v.a. den 30-Jährigen Krieg im 17. Jahrhundert) und natürlich an die beiden Weltkriege des vorigen Jahrhunderts, die von Europa ihren Ausgang genommen und letztlich zu seinem weltpolitische Abstieg geführt haben.

Damit war gleichzeitig eine Entwicklung zu Ende, die erst im 15. Jahrhundert mit der Renaissance und dem dadurch eingeleiteten Aufstieg Europas begonnen und schließlich zu seiner weltweiten Dominanz geführt hatte. Ohne Humanismus und Aufklärung, aber auch ohne die modernisierenden Revolutionen – von der Magna Charta (1215), der Bill of Rights (1689), der Französischen Revolution (1789) oder jener des Jahres 1848 – wäre dies nicht möglich gewesen.

Die Anerkennung unseres geistigen Erbes aus dem Vorderen Orient und die Rückbesinnung auf unsere Wurzeln wäre umso wichtiger, als zu all den Krisen der letzten Jahre – der Finanz- und Bankenkrise, der Griechenlandkrise, dem Krieg in der Ukraine und dem damit verbundenen neuen Kalten Krieg mit Russland – uns vor allem der Staatszerfall in Afghanistan, Libyen, Syrien und im Irak die bereits erwähnte gegenwärtige Flüchtlingskrise und die Hilfslosigkeit, mit ihr gesamteuropäisch fertig zu werden, beschert und auch das Fehlen der Solidarität aufgezeigt hat. Jedes europäische Land versucht derzeit, sich auf seine Weise, etwa mit dem Bau von Zäunen, davor zu schützen. Aber eine „Festung Europa“ und innerhalb Europas jedes Land als nationalstaatliche Wagenburg wird angesichts des uns umgebenden „Ring of Fire“, wie der ehemalige Premierminister Singapurs, Lee Kuan Yew, schon vor mehr als 20 Jahren die tektonische Eruptionszone vom Kaukasus über den Nahen und Mittleren Osten bis nach Nordafrika genannt hat, nichts helfen. Und auch nicht der „urbanisierende“, noch dazu wendehalsige Alleingang, den wir jetzt in der Flüchtlingspolitik eingeschlagen haben. Eine Festung sperrt nicht nur aus, sondern ebenso auch ein. Wir haben uns damit zwischen alle Stühle gesetzt, in eine Sackgasse manövriert und uns außenpolitisch isoliert. Sollte es dann tatsächlich auch noch zu einem „Brexit“, also dem Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union kommen, bedeutet dies ein weiteres massives Risiko für den Zusammenhalt der EU. Insofern wird das britische Referendum im kommenden Juni zu einer Wasserscheide für die Zukunft Europas – entweder als Signal für

eine fundamentale Neuausrichtung oder als Zeichen, dass die europäische Integration ihren Zenit überschritten hat.

Noch ist Europa mit seinen 28 Mitgliedern und über 500 Millionen Einwohnern die größte Wirtschaftsregion und gemeinsam die stärkste Wirtschaftsmacht der Welt. 1900 lag der Anteil Europas an der Weltbevölkerung noch bei 20 Prozent, heute sind es nur noch 7 und 2050 werden es voraussichtlich nur mehr 4 Prozent sein. Und nicht zu vergessen: kein einziger europäischer Staat, auch nicht Deutschland, wird auch nur 1 Prozent der Menschheit ausmachen. Und dennoch driftet die EU wieder auseinander und läuft Gefahr, zurückzufallen in eine renationalisierte Kleinstaaterei, die die einzelnen Länder wie Nusschalen auf dem stürmischen Meer der Weltpolitik untergangsgefährdet herumschaukeln ließe.

Doch damit sind wir schlecht für die Herausforderungen – für die bereits skizzierten ebenso wie die noch hinzukommenden des Klimawandels, des Zeitalters des Anthropozäns und vor allem des digitalen Wandels – gerüstet. So hat Europa zwar die vor allem nach der Wende von 1989 verstärkte Globalisierung nutzen können, ist aber dennoch deutlich hinter der Innovationskraft der USA zurückgeblieben. Im Vergleich zu den Vereinigten Staaten sind wir beispielsweise eine WLAN-Wüste und digitales Kolonialgebiet, wie der deutsche Philosoph Peter Sloterdijk jüngst feststellte. Jedenfalls hat Amerika die neuen Industrien und das Silikon Valley, und Europa hat – zugespitzt formuliert – die alten Kohle- und Stahlwerke.

Vor allem aber haben wir die geopolitischen Veränderungen nicht hinreichend berücksichtigt, etwa die Ambitionen Putins bezüglich Restauration des russischen Einflussbereichs und den daraus resultierenden Krieg in der Ost-Ukraine, der zu einem „neuen Kalten Krieg“ geführt hat, oder die wiederaufflammende Rivalität zwischen Russland und der Türkei. Russland schwankt wieder hin und her zwischen Bedrohungsängsten, Expansionsträumen und Großmachtstreben. Die gilt für den gegenwärtigen Putinismus ebenso wie für die gesamte russische Geschichte, gleiches gilt aber auch für die Türkei unter Präsident Erdogan. Und kein europäisches Land ist allein dazu in der Lage, diesen Herausforderungen begegnen zu können. Es empfiehlt sich in diesem Zusammenhang daher an die Weisheit von Mark Twain zu erinnern:

„Either we hang together or we'll hang separately.“

D.h. Mitspieler sein oder nur Spielball auf der Weltbühne des geopolitischen Geschehens.

Ebenso ist uns nicht oder zu wenig bewusst, welche wirtschaftlichen Entwicklungen stattgefunden haben und immer noch stattfinden. Der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Robert Gordon hat jüngst in seinem Werk *„The Rise and Fall of American Growth“* eindrucksvoll beschrieben, dass wirtschaftliches Wachstum ein relativ junges Phänomen in der Menschheitsgeschichte ist, welches zudem möglicherweise seinen Zenit auch schon wieder überschritten hat. Seinen Höhepunkt hatte das Produktivitätswachstum Gordons Darstellung zufolge in den hundert Jahren zwischen 1870 und 1970. Es brachte den Menschen – aufbauend auf den vorangegangenen drei großen Innovationen Eisenbahn, Dampfschiffahrt und Telegraph – neue Erfindungen und Entdeckungen, die das Leben der Menschen komplett veränderten, z.B. die Elektrizität, die die Wohnungen der Menschen von da an erhellte und wärmte, das Erdöl und die Petrochemie, das Auto, das das Pferd ersetzte, das Flugzeug, aber auch das Telefon, das Radio und das Fernsehen, die Entdeckung der Röntgenstrahlen, der Antibiotika und der Impfungen, die Nuklearenergie und die Quantenmechanik, sowie – nicht zu vergessen –

fließendes Wasser und damit auch die Toilettenspülung, welche die Möglichkeiten der Hygiene und damit auch die Gesundheit der Menschen massiv verbesserten.

Im Vergleich zu all diesen Innovationen nehmen sich nach Gordons Ansicht die Erfindungen des Computerzeitalters nicht mehr besonders beeindruckend aus. Und auch das durch sie generierte Wirtschaftswachstum fällt vergleichsweise gering aus. Und so geht Gordon davon aus, dass der scharfe Wachstumsrückgang der vergangenen 15 Jahre keine vorübergehende Krise, sondern ein Dauerphänomen ist, auf welches wir uns einstellen müssen.

Erkennbar sind die Auswirkungen bereits am sinkenden Lebensstandard, den breite Bevölkerungsschichten seit einigen Jahren erfahren. Was mittlerweile in Fachkreisen unter dem Begriff „The Great Gatsby Curve“ diskutiert wird, spürt die Mehrzahl der Menschen im alltäglichen Leben: die zunehmende Ungleichheit der Einkommensverteilung, die auch die soziale Mobilität und damit die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs beeinträchtigt, und die beispielsweise in den USA heute ähnlich hoch ist wie in den 1920er Jahren vor dem Börsenkrach an der Wall Street. Jedenfalls fürchten viele Experten – wie z.B. der US-Ökonom Lawrence Summers –, dass wir so wie Japan schon seit über 30 Jahren eine säkulare Stagnation erleben werden, mit hoher Arbeitslosigkeit, wachsenden Schuldenbergen und einem Zinsniveau, bei dem die Zinsen ihre Steuerungsfunktion verloren haben. Allerdings gibt es auch optimistischere Sichtweisen, die meinen, „the best is yet to come“ (Jeffrey E. Garten, From Silk to Silicon. The Story of Globalization Through Ten Extraordinary Lives.)

Im Rahmen dieser Entwicklungen sind wir in Österreich nach den großen Erfolgen, mit denen wir zu einem der wohlhabendsten Länder mit bedeutenden sozialstaatlichen Einrichtungen geworden sind, wie bereits erwähnt von der Überholspur auf den Pannestreifen zurückgefallen. In Abwandlung von Hamlet muss man inzwischen leider sagen:

„Something is rotten in the state of Austria“.

Wir versuchen derzeit, uns in Österreich in ein neokonservatives Biedermeier von raunzend-ängstlicher Provinzialität zurückzuziehen, und damit Problemen auszuweichen, die uns dann aber mit umso härterer Wucht treffen. Hierzu passt z.B. die Idee der sog. „Wertekurse“, bei welchen innerhalb weniger Stunden sog. „österreichische“ Werte – was immer darunter zu verstehen ist – vermittelt werden sollen. Dabei ginge es doch viel mehr um universelle Werte oder aber um einen „Verhaltenskodex“, einen „code of conduct“, der von jedem Bürger einzuhalten ist. Das Ergebnis dieser Politik ist jedenfalls eine traurige Isolierung und der Verlust wirkungsvoller Nachbarschaftsbeziehungen, ohne Gestaltungsmöglichkeiten in der EU und ohne gepflegte Beziehungen zu den Großmächten. Zudem ist unser Land, das lange eine erfolgreiche aufholende Wirtschaftsentwicklung erzielte, nun „abgesandelt“ (Christoph Leitl) und verliert immer weiter an Boden. Zunehmend verprovinzialisieren wir.

All dies ist die Folge einer systemerhaltenden und privilegierten Klientelpolitik mit dem Ergebnis des totalen Stillstands, des wirtschaftlichen Absandeln und des politischen Zerbröselns der Regierungsparteien als Folge des „Kollaps der Mitte“ (Chantal Mouffe). Bewegten wir uns einst – genauer: am Beginn des 20. Jahrhunderts – einmal zwischen „Labor der Moderne“ (Carl Schorske) und „Versuchsstation des Weltuntergangs“ (Karl Kraus), so sind wir heute gefangen in intellektueller Lähmung und Veränderungsaversion, Bildungsferne, Wissenschaftsdesinteresse und Technikfeindlichkeit. Der ungezügeltere und strangulierende Regulierungswahn, die Überbürokratisierung, die intransparente, teils

willkürliche, wettbewerbsverzehrende und enorm budgetbelastende, nahezu epidemische Subventionitis, die exorbitanten Lohnnebenkosten, der Mangel an qualifiziertem Personal bei gleichzeitiger Rekordarbeitslosigkeit, schwächelnder Produktivitätszuwachs, die Ineffizienz und die Schiefelage der öffentlichen Haushalte samt weiter wachsender Schuldenberge trotz Rekordsteuerbelastung bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Zukunftsausgaben ersticken den Forschungs-, Innovations- und Unternehmergeist hierzulande und gefährden immer stärker unsere Wettbewerbsfähigkeit, damit unseren Wirtschaftsstandort und schlussendlich unseren Wohlstand.

Um es an einem Beispiel zu illustrieren: Österreich, angeblich atomstromfrei, importiert solchen und vor allem für rund 12 Milliarden – das sind rund 4 Prozent der Wirtschaftsleistung – fossile Energieträger, um in der Folge jede Menge Feinstaub zu produzieren. Wir haben ringsum den niedrigsten Treibstoffpreis – mit einem Steuerentgang von gut 1 Milliarde Euro – und ein verkehrs- und umweltpolitisch falsches Pendlerpauschale für gehobene Einkommensbezieher mit einem weiteren Steuerausfall von 600 Millionen. Dazu passt das sogenannte Gegenfinanzierungspaket, das weit mehr wirtschaftlichen Schaden anrichtet als es fiskalisch Nutzen bringt. Diese steuerpolitische Meisterleistung hätte dem Teufel im Zorn nicht einfallen können. Sie hat nun u.a. auch das Registrierkassensyndrom ausgelöst, mit dem Ergebnis eines massenhaften Wirtesterbens.

Dennoch meinen wir „Uns geht's gut – Und morgen?“, wie der Titel einer Veranstaltung im Kleinen Walsertal im März 2013 treffend lautete.

Sarkastisch hat schon Johann Nestroy auf diese Haltung die Antwort gegeben:

„Was hat denn die Nachwelt für mich getan? Nichts! Gut, das Nämliche tu ich für sie!“

Die saturierte Bequemlichkeit hat in unserem Land zu einer Reformlähmung und Veränderungsverweigerung geführt, die in der von Grillparzer beschriebenen Tradition steht, der meinte:

„Das ist der Fluch von unserm edlen Haus:
Auf halben Wegen und zu halber Tat
Mit halben Mitteln zauderhaft zu streben.“

Diese Haltung hat schon der Habsburger Monarchie nicht gut bekommen.

All das muss einen mit Besorgnis erfüllen, auch wenn man selbst gar nicht mehr von den Folgen betroffen ist bzw. sein wird. Die Sorgen der Menschen sind berechtigt, doch die weit verbreitete Angst lähmt, und schon Franklin D. Roosevelt stellte in seiner Inauguraladresse 1933 fest:

„The only thing we have to fear is fear itself.“

Oder – wie man es auf gut österreichisch ausdrücken könnte – : „Zu Tode gefürchtet oder gejammert ist auch gestorben!“

Es sei daher an John F. Kennedy erinnert, der in seiner Antrittsrede 1961 seine Bürger aufforderte:

„Fragt nicht, was euer Land für euch tun kann – fragt, was ihr für euer Land tun könnt“,

und danach sich auch an die Bürger der Welt wandte mit den Worten:

„Meine Mitbürger in der ganzen Welt: Fragt nicht, was Amerika für euch tun wird, sondern fragt, was wir gemeinsam tun können für die Freiheit des Menschen.“

Die Menschen spüren zwar den mit den aktuellen Umbrüche, tektonischen Verschiebungen und Umwälzungen verbundenen Veränderungsdruck, wollen aber gleichzeitig, dass alles so bleibt, wie es ist. So entsteht Orientierungslosigkeit, umso mehr, als auch die Politik wie gelähmt sich in punktuellen populistischen Opportunismus flüchtet und damit nicht den Eindruck der Kompetenz, sondern der Hilflosigkeit hinterlässt. Wir wollen Festungen statt Brücken bauen, Routen schließen anstatt Pfade zu errichten, und meinen, aus unserem Land eine stacheldrahtumzäunte Wagenburg, somit eine „Alpenfestung“, errichten zu können. Wir haben uns in kürzester Zeit „urbanisiert“ und uns damit isoliert und selbst marginalisiert – besonders in den letzten Wochen. Weit haben wir es gebracht! Wohin sind wir gekommen? Müssen wir tatsächlich erst gegen die Wand fahren, bevor wir etwas ändern? Nur wenige Tage nach Ostern ist es daher ratsam, sich an eine wichtige Botschaft des Christentums zu erinnern:

„Was ihr für den Geringsten meiner Brüder getan habt, das habt ihr mir getan“, heißt es im Matthias-Evangelium. Tatsächlich stehen wir vor der Entscheidung zwischen einer Welt der Solidarität und Humanität und einer Welt aus Zäunen und Mauern, Angst und Kleinmut. Die Bilder toter Kinder im Mittelmeer und tausender frierender Flüchtlinge im Lager Idomeni oder auf Lampedusa sollten uns aufrütteln, haben jedoch zu einer eiskalt zynischen Politik geführt – man denke beispielsweise an die Forderung, die Spendengelder, die die Hilfsorganisationen eingenommen haben, von ihrem staatlichen Leistungsentgelt abzuziehen. Gleichzeitig sind wir damit in einer Eskalationsspirale verfangen, denn der Aufbau von Mauern und die Abriegelung mit Stacheldraht, bedeuten in letzter Konsequenz auch die Erteilung des Schussbefehls. Und auch wenn tatsächlich die Gewährleistung von Sicherheit zu den wichtigsten Aufgaben eines Staates zählt, so besteht diese doch gleichzeitig auch in der Sicherung der persönlichen Freiheit. Wer aber Freiheit und Sicherheit gegeneinander ausspielt, wer also – in Benjamin Franklins Worten – „die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, der wird am Ende beides verlieren.“

Wenn etwas aus der Geschichte gelernt werden kann, dann dies, dass der Bau von Mauern mehr Nachteile und Probleme bringt als er zur Lösung eines Problems beitragen kann. Das haben die Berliner Mauer und der Eiserne Vorhang ebenso bewiesen wie die Chinesische Mauer. Max Frisch zeigte in seinem Stück „Die Chinesische Mauer“, wie der Kaiser von China mit dem Bau dieser Mauer zur Friedenssicherung beitragen wollte, indem diese „die Zeit aufhalten“ und „die Zukunft verhindern“ sollte. Doch was kurzfristig als Lösung erschien, wurde langfristig zum gravierenden Problem, bedeutete die Mauer doch vor allem Isolation, Rückwendung und damit letztlich den Abstieg.

Mit unserer derzeitigen Haltung werden wir jedenfalls nicht nur nicht weiterkommen, sondern immer weiter zurückfallen. Es gilt also anzupacken, wo immer man die Möglichkeit dazu hat, und auf diesem Weg dazu beizutragen, dass sich die Verhältnisse verändern und verbessern, dass wir wieder die Segel setzen und Fahrt aufnehmen. Das Motto „Niemals aufgeben“ ist daher zu verstehen als Aufforderung zum Zupacken, zum Handeln und zum Gestalten.

„Die Ungeduld“, so schrieb Hegel einst, „verlangt das Unmögliche, nämlich die Erreichung des Ziels ohne die Mittel.“ (Georg Wilhelm Friedrich Hegel). Doch Politik ist „ein starkes, langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“ (Max

Weber). Dazu braucht es sowohl Gesinnungs- als auch Verantwortungsethik, wie Max Weber es nannte, also eine Politik, die sich in ihren Handlungen an den (erwartbaren) Ergebnissen orientiert, diesen aber ihre Werte zugrundelegt.

Im Verständnis von Willy Brandt und Helmut Schmidt, wonach Eigeninitiative, Eigenverantwortung und Eigenvorsorge gepaart sein müssen mit einem öffentlichen Raum der Solidarität, Humanität und des Gemeinwohls, braucht es jetzt

- verlässliche Festigkeit in unseren Grundsätzen und Zielsetzungen,
- kreative Flexibilität in der Umsetzung dieser Zielsetzungen, sowie
- geschmeidige Anpassungsfähigkeit an neue Umstände und Situationen.

Dazu erforderlich sind wiederum Gelassenheit und Geduld einerseits, bei gleichzeitig zäher Hartnäckigkeit und mutiger Entschlossenheit andererseits.

Diese Eigenschaften unterscheiden den jetzt so dringend notwendigen Pragmatismus von dem leider derzeit dominierenden boulevardistischen Populismus, punktuellen Aktionismus und wetterwendigem Opportunismus. Letztere bringen weder bei der Wahlbeteiligung noch beim Wahlergebnis den gewünschten Erfolg. Schließlich ist rechts überholen laut Straßenverkehrsordnung nicht gestattet.

So möchte ich schließen mit den Worten des Staatskanzlers Maria Theresias, Graf Kaunitz-Rietberg, der einst erklärte:

„Vieles wird nicht gewagt, weil es schwer scheint;
weit mehr ist es nur darum schwer, weil es nicht gewagt wird.“

Lassen Sie uns in diesem Sinn zwar wägend aber dennoch mehr wagen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!